

Partei	Dokument	Menschenhandel	(Zwangs)Prostitution
SVP	Parteiprogramm 2019-2023 (132 S.)	Kein Thema. Einziger Hinweis, dass skrupellose Menschenhändler vom nicht funktionierenden EU-Grenzschutz profitieren.	Kein Thema.
SP	Parteiprogramm 2012 (66 S.)	Praktisch kein Thema. Einziger Hinweis, dass durch eine aktiv gestaltete Migrationspolitik Risiken wie Lohndumping und Menschenhandel vermieden werden.	Kein Thema.
FDP	12 Positionen (Web)	Kein Thema.	Kein Thema.
Grüne	Wahlplattform 2019 (36 S.)	Letzter Punkt: «In der nächsten Legislatur wollen wir erreichen, dass: Menschenhandel und moderne Sklaverei schweizweit bekämpft werden und die Zahl der Verurteilungen steigt.»	Kein Thema.
CVP	Parteiprogramm 2014 (36 S.)	Kein Thema.	Kein Thema.
glp	Leitlinien 2014 (8 S.)	Kein Thema.	Kein Thema.
BDP	Parteiprogramm 2015 (18 S.)	Kein Thema.	Kein Thema.
EVP	Parteiprogramm 2014 (76 S.)	Mehrfache Erwähnung unter drei verschiedenen Schwerpunkten (Menschen vor Ausbeutung schützen, Menschenrechte gewährleisten, Sicherheit schaffen). Definition von Menschenhandel im Glossar.	Mehrfache Erwähnung und Forderung nach Freierbestrafung, die Prostituierte schützt und die Freier büsst.
EDU	Aktionsprogramm 2019-2023 (37 S.) Kernthemen	Mehrfache Erwähnung, z.B.: „Die EDU befürwortet eine wirksame Bekämpfung des Frauen- und Menschenhandels und derer Drahtzieher“ (...) inklusive Massnahmen gegen Freier. Die Bekämpfung des Menschenhandels wurde 2015 zudem als Kernthema der EDU definiert: „Eine effektive Bekämpfung dieses Unrechts kann nur durch die Eindämmung der Nachfrage nach käuflichem Sex erreicht werden.“	Negative Auswirkungen der Sex-Industrie sollen konsequent bekämpft werden. Zur Eindämmung der Prostitution werden Massnahmen gegen Freier gefordert.
PdA	Parteibrosch. (9 S.)	Kein Thema.	Kein Thema.